B67-4694 .517

Die

Forderungen

der

deutschen Politik.

Ein Brief
an den Verfasser der Studien über das europäische Gleichgewicht.

Von

Julius Fröbel.

Frankfurt a. M.
J. D. Sauerländer's Verlag.
1860.

FELDMARSCHALL-LIEUTENANT
Franz Graf Thun

Die

Forderungen

der

deutschen Politik.

Ein Brief
an den Verfasser der Studien über das europäische Gleichgewicht.

Von

Julius Fröbel.

Frankfurt a. M.
J. D. Sauerländer's Verlag.
1860.

Druck von J. D. Sauerländer.

An den Verfasser der Studien über das europäische Gleichgewicht.

Geehrter Herr!

Auf einem Wege der, wie ich voraussetzen muß, von dem Ihrigen sehr verschieden gewesen, sehe ich mich in meiner Beurtheilung der deutschen Angelegenheiten mit Ihnen am gleichen Ziele angelangt. Wie Sie, bin ich der Meinung, daß Preußen seinen wesentlichen Beruf verkennt wenn es ihn im Westen sucht. Wie Sie, sehe ich in Preußen und Oesterreich deutsche Marken, aus denen wir uns, sowenig an der Weichsel, dem Memel und an der Ostsee, wie an der Donau und am adriatischen Meere dürfen zurücktreiben lassen, die wir vielmehr in allen diesen Gegenden werden weiter vorschieben müssen. Wie Sie, sehe ich im westlichen oder eigentlichen Deutschland ein drittes Glied des deutschen Staatensystemes, welches geographisch wie historisch, innerhalb dieses Staatensystemes, zu einer eigenen politischen Rolle bestimmt ist, und wie Sie erkenne ich in der innigen Bundesgenossenschaft Preußens, Oesterreichs und Westdeutschlands, also in einem vom deutschen Geiste beherrschten dreigliedrigen Mitteleuropa, das große politische Erforderniß der Zukunft, und das Ziel auf welches wir hinzuarbeiten haben. Wie Sie, betrachte ich überhaupt die Bundesgenossenschaft, den Föderalismus, als das politische System durch welches allein

die internationalen Nothwendigkeiten der gegenwärtigen Welt mit den inneren Freiheitsbedürfnissen der Völker versöhnt werden können. Eine Uebereinstimmung in so wichtigen Dingen, zwischen Männern, deren Gedankenläufe so verschiedene Ausgangspunkte gehabt haben, ist eine nicht gleichgiltige Thatsache, und ein Ergebniß aus welchem unsere vereinzelten Bemühungen zur Begründung einer wahrhaft deutschen Politik verstärkte Kraft schöpfen können. Ich möchte unsere weiteren Bestrebungen in der nationalen Sache aneinanderknüpfen. Diese Absicht ist es, welche mich bestimmt den gegenwärtigen Brief an Sie zu richten. Ich wünsche Ihnen meine Gedanken über die mehr unmittelbaren praktischen Anforderungen der politischen Lage auszusprechen. Ihnen selbst etwas Neues sagen zu wollen, kommt mir dabei natürlich nicht in den Sinn; aber ich möchte Ihnen die Punkte hervorheben in welchen, nach meiner Kenntniß herrschender Strömungen der öffentlichen Meinung, diese letztere einer aufklärenden, berichtigenden, Inhalt gebenden Einwirkung bedarf.

Wollen wir der deutschen Nation von deutscher Politik reden, so ist vor allen Dingen dieser Gedanke selbst zur Klarheit zu bringen. Zunächst muß daran erinnert werden daß Politik nur von Staaten — einzelnen Staaten oder Staatenbünden, — immer aber nur von Staaten betrieben werden kann; von Völkern nur in sofern sie Staaten bilden, von Einzelnen nur in sofern sie Staaten angehören. Ein Volk als Volk, eine Nation im ethnographischen Sinne, hat mit Politik nichts zu thun. Sodann muß es, für die Deutschen wenigstens, zum allgemeinen Bewußtsein gebracht werden, daß in ihren letzten Zielen jede Politik sich auf den Staat — einfachen oder zusammengesetzten — bezieht, von welchem sie betrieben wird. Frankreich mag eine italienische, England gleichfalls eine italienische Politik betreiben: nichts destoweniger kann die italienische Poli-

tik Frankreichs nur eine ächt französische, die italienische Politik Englands nur eine ächt englische sein. Das ist freilich von selbst klar, so klar wie die Thatsache daß ich nicht spazieren gehen kann damit Sie frische Luft genießen, oder daß Sie nicht frühstücken können damit ich satt werde. Und doch ist es nichts Geringeres als für Andere zu essen, zu trinken und spazieren zu gehen, was man Preußen, Oesterreich, oder irgend einem anderen deutschen Bundesstaate zumuthet, wenn man verlangt er, als einzelner Staat, solle deutsche Politik treiben. Als einzelner Staat kann in der That Preußen nur preußische, Oesterreich nur österreichische, Baiern nur bairische Politik betreiben, und jede darüber hinausgehende Zumuthung kann nur auf nebelhaften Vorstellungen beruhen. Eine deutsche Politik also, im klaren und verständigen Sinne des Wortes, — eine Politik deren letztes Ziel Deutschland als Ganzes ist, kann auch nur von Deutschland als Ganzem ausgehen, — und zwar nur insofern dieses Ganze ein staatliches Dasein hat. Das heißt: deutsche Politik kann, wie Deutschland gegenwärtig organisirt ist, nur vom deutschen Bunde betrieben werden und von Niemand anders. Den einzelnen Bundesstaaten fällt freilich, nach Bundespflicht und eignem guten Willen, ihr Antheil von Mitwirkung zu, und sie können, wie die einzelnen Bürger, mehr oder minder patriotisch sein; ja von diesem Patriotismus wird am Ende unser Schicksal abhangen. Niemals aber kann, selbst in der patriotischsten Absicht, ein einzelner deutscher Staat von sich aus und für sich allein die deutsche Politik in die Hand nehmen wollen, ohne daß damit gerade die Möglichkeit einer wirklichen deutschen Politik überhaupt in Frage gestellt wird. Dies gilt nicht nur für die Regierungen, sondern auch für die Kammern der Einzelnstaaten. Wenn ein sächsischer Minister eine diplomatische Note über allgemeine deutsche Angelegenheiten erläßt, so hat er, sei es in noch so deutschpatriotischem Sinne,

doch nur sächsische Politik betrieben, denn sächsische Interessen müssen es sein welche die obersten Beweggründe seiner Regierungshandlungen bilden. Wenn ein preußisches Kammermitglied sich über allgemeine deutsche Angelegenheiten ausspricht, so kommt ein solcher Redner damit noch nicht über die Grenzen der preußischen Politik hinaus, vorausgesetzt daß es ihm auch nur gelungen sei in diese Grenzen hineinzukommen; denn er hat, wenn ihm nicht nach dem Ruhme eines politischen Dilettanten gelüstet, die deutschen Angelegenheiten von keinem anderen als dem preußischen Standpunkte, und in keinem anderen als dem preußischen Interesse zu besprechen. Mehr ist nicht seines Amtes.

Nur der Bund ist dazu legitimirt deutsche Politik zu betreiben. Würde behauptet daß er aus Gründung einer fehlerhaften Organisation dazu wenn auch legitimirt, doch nicht befähigt wäre, so würde damit nur gesagt sein, einestheils, daß er besser organisirt werden müsse, anderntheils aber, daß unterdessen überhaupt keine deutsche Politik bestehen könne, denn nicht nur wegen fehlendem Rechte, sondern auch wegen fehlender Macht ist außer ihm Niemand dazu vorhanden. Es ist freilich leicht gesagt, daß das deutsche Volk seine Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen könne; aber damit ist noch keine deutsche Politik geschaffen. Damit ist nur die Bahn der Revolution eröffnet, welche ihrer innersten Natur nach das Gegentheil der Politik ist. Einer Revolution liegt freilich eine politische Absicht zum Grunde. Aber zwischen dem Wollen und dem Vollbringen liegt ein Interregnum, innerhalb dessen das elementarische Volksleben an die Rolle des Staatslebens tritt. Im Uebrigen ist die Behauptung daß der Bund unfähig sei, höchstens scheinbar begründet. Ohne alle Frage würden sich, bei dem guten Willen derer die am meisten über Unfähigkeit des Bundes zum Guten klagen, mit den Mitteln

welche dem Bunde schon bei seiner jetzigen Verfassung zu Gebote stehen, die wichtigsten Anforderungen einer richtigen und einflußreichen deutschen Politik befriedigen lassen, sobald man sich nur über die Bedingungen klar wäre. Diese Klarheit läßt sich, wo sie fehlt, hervorbringen. Sollte man aber den guten Willen für unmöglich halten: — wie will man *ohne* den guten Willen mit der Bundesumgestaltung zu Stande kommen? — Auf dem Wege der Gewalt? — Ist man etwa dieser letzteren sicherer als des guten Willens? — Und müßte nicht eben auch bei der Gewalt der gute Wille vorausgesetzt werden? — Ist man etwa des guten Willens derer so sicher, auf deren gutem oder *schlechtem* Willen das Gelingen einer Revolution beruht? — Hat unsere Zeit zur Beantwortung dieser Frage etwa noch nicht genug Material geliefert?

Die Partei welche dem preußischen Staate zugemuthet, Deutschland mit List oder Gewalt in einen Einheitsstaat umzuwandeln, und welche Deutschland zumuthet sich dies gefallen zu lassen, scheint in den italienischen Begebenheiten ein Vorbild für das zu sehen was in Deutschland geschehen soll. Dieser Anschauung der Dinge liegen große Unklarheiten und Irrthümer zu Grunde.

Setzt der sardinische Staat sich den Zweck Italien in einen einzigen Staat zu verschmelzen, so ist auch dies noch nicht italienische sondern nur *sardinische* Politik; — sardinische Politik, der Italien als Material dient. Ebenso würde eine Politik Preußens deren Ziel die Gründung eines deutschen Einheitsstaates wäre, immer nur *preußische* Politik sein und bleiben, — preußische Politik, welcher Deutschland als Material zur Gründung Großpreußens zu dienen bestimmt wäre. Freilich könnte man im Falle des Gelingens das politische Ergebniß ebensoleicht Kleindeutschland wie Großpreußen nennen, wie auch Victor Emanuel schon König von

Italien genannt worden ist. Aber der Name ist noch nicht das Wesen. Ein Staat hat einen Charakter, einen Geist, welcher sich erhält, so wichtig auch die Einflüsse sein mögen die er durch Aufnahme fremder Bestandtheile erleidet. Ohne Zweifel erleiden wir wichtige Einflüsse durch die Nahrungsmittel die wir zu uns nehmen. Durch die genossenen Pflanzenstoffe werden wir aber nicht Pflanzen, durch die thierischen Stoffe nicht Thiere, sondern Pflanzen und Thiere helfen, indem wir sie essen, in uns den Menschen aufbauen und erhalten. Völker die es noch nicht zur Staatenbildung gebracht, oder deren Staaten zertrümmert werden und in sich zerfallen, sind für die Politik nichts als Material. Der Staatsgeist ist ein höherer als der Volksgeist, und mit Recht muß der letztere dem ersteren weichen. Werden Staaten von bloßen Völkern besiegt, so wird darum, wie die Geschichte ohne Ausnahme lehrt, nichtsdestoweniger der Volksgeist dem Staatsgeiste unterthan; und werden die verschiedenen Bestandtheile eines Volkes durch das Umsichgreifen eines seiner Staaten politisch verschmolzen, so ist es wiederum nicht der allgemeine Volksgeist, sondern der besondere Staatsgeist welcher zur Herrschaft kommt. Ist dieser Volksgeist der deutsche und der Staatsgeist der preußische, so siegt bei politischen Einigung Deutschlands der Letztere über den Ersteren. Sollte auch Preußen dem Namen nach in Deutschland aufgehen, der Sache nach wäre und bliebe Deutschland eine preußische Eroberung. Das möchte vielen unter uns kein großes Unglück zu sein scheinen, und es ist nicht hier meine Absicht zu untersuchen in wiefern es eine wünschenswerthe Auskunft zur Befriedigung unserer politischen Bedürfnisse wäre. Klar aber soll sich wenigstens ein Jeder machen, wohin der Weg zielt auf welchem er geht.

Auf die nämliche Weise verhält es sich mit Sardinien und Italien. In Italien wie in Deutschland, und in jedem Lande

welches an der Viel- und Kleinstaaterei leidet, kann das Bedürfniß der Einheit und Macht des Ganzen mit dem Bedürfniß der Besonderheit und des eigenen Lebens der Theile, in welchem sich der wahre Geist gesunder Demokratie zu erkennen gibt, nur durch das System der Bundesgenossenschaft versöhnt werden. Von der Geschichte auf dieses System angewiesen zu sein, ist es was Italien und Deutschland mit einander gemein haben, und was auch, nach allem was immer jetzt vorgehen mag, Italien wieder unter deutschen Einfluß bringen wird. Bei dieser Aehnlichkeit besteht aber zwischen den Verhältnissen beider Länder eine Verschiedenheit, die unseren deutschen Nachahmern der Italianissimi noch nicht in den Sinn gekommen zu sein scheint. Italien, als staatlicher Körper, besteht weder, noch hat es bestanden. Deutschland aber ist nicht nur ein mächtiges Reich gewesen, sondern ist auch gegenwärtig, trotz aller Mängel seiner Verfassung, ein mächtiger Staatenbund, — mächtig in dem Augenblicke, in welchem er sich entschließt es zu sein. Deutschland ist schon, was Italien, um eine italienische Nationalität zum ersten Male zu gründen, und eine italienische Politik zum ersten Male möglich zu machen, erst werden müßte, und ist, dem Wesen nach, schon gerade das, was Italien in der Richtung auf dieses Ziel im glücklichsten Falle allein werden kann. Wollte also Preußen für Deutschland versuchen was Sardinien für Italien versucht, so hätte es nicht etwa, wie dieser Staat, etwas zu gründen was noch nicht da ist, sondern umgekehrt, vor allem etwas zu zerstören was bereits besteht. Sardinien versucht es, wenn auch nicht mit ehrenwerthen Mitteln, doch als unabhängiger Staat, andere Staaten, gegen die es keine besonderen Verpflichtungen hat, zu stürzen, und deren Land und Leute sich einzuverleiben: — Preußen müßte den Treubruch am Bunde und den Verrath an seinen Bundesgenossen begehen. Die That wäre vor dem

Richterstuhle politischer Moral eine himmelweite verschiedene. Der italienische Volksgeist mag das sardinische Verfahren rechtfertigen; der deutsche Volksgeist würde für ein ähnliches Verfahren Preußens keine Entlastung kennen, und die Wahrheit, daß man den Verräher benutzt aber wegwirft, würde sich bald an Jenen erhärten, welche sich soweit vergessen könnten den Zielen einer mehr unsinnigen als gewissenlosen Partei eine höhere Stütze zu leihen.

Diese Partei, welche offenbar in ihrem Streben Preußen nichtsdestoweniger auf diese Bahn zu drängen, nur an der Gewissenhaftigkeit eines einzigen Mannes gescheitert ist, gibt wie es scheint ihren Zweck noch nicht auf, und verfährt dabei sehr systematisch. Sie kennt die drei Haupthindernisse welche der Erreichung des Zieles im Wege stehen: Das Dasein Oesterreichs, das Bestehen des deutschen Bundes, und den deutschen Volksgeist der zur Billigung einer Cavour-Napoleonischen Moral sich nicht verstehen will. Man muß den einer bessern Sache würdigen Muth bewundern, welcher es unternimmt drei solche Hindernisse zu beseitigen. Der deutsche Volksgeist wird demnach bearbeitet. Für die Partei in ihren eigenthümlichen Verhältnissen ist dies nicht allzuschwer. Ein großer Theil der deutschen Presse ist — Dank dem Organisationstalente der letztabgetretenen preußischen Verwaltung — zu einer Maschine ausgebildet worden welche von einem Punkte aus gelenkt werden kann, und deren Benutzung mit andern Erbstücken von einer Hand in die andere übergehen zu können scheint. Was Oesterreich betrifft, so weiß man daß es zertrümmert werden muß, und wie das gemacht wird, ist für die Welt kein Geheimniß mehr. Der deutsche Bund endlich muß zu Grunde gerichtet werden. Wie das gemacht wird, ist freilich nicht allgemein bekannt, und möchte sich auch für jetzt noch nicht zur allgemeinen Kenntniß eignen, wenn auch

manche der gröberen Operationen die auf diesen Erfolg berechnet sind, am Tage liegen: systematisch betriebene Herabsetzung der Bundesautorität in der öffentlichen Meinung durch die Presse wie durch die frivolen Worte parlamentarischer Redner, — Verhinderung nützlicher Wirksamkeit des Bundes im Gebiete wesentlicher und wirklicher Interessen der Nation, bei lärmendem Eifer in Bezug auf unwesentliche und eingebildete, für welche daneben künstlich im Volke eine unfruchtbare Rechthaberei unterhalten wird, wie von einem rabulistischen Advocaten die Streitsucht eines störrischen Bauern, — und dergleichen mehr.

In Wahrheit dagegen, gibt es für Preußen wie für Oesterreich und jeden anderen Bundesstaat, groß oder klein, keine andere Möglichkeit deutsche Politik zu betreiben, als durch gewissenhafte Erfüllung der Bundespflichten, durch Vermeidung jedes Zerwürfnisses, durch gemeinsame Arbeit an der Beseitigung der Bundesmängel, und durch Benutzung aller Bundesmittel — welche bei gutem Willen selbst zu großen Leistungen ausreichen würden — zur Hervorbringung des möglichen Guten für das innere Leben und die äußere Machtstellung der Nation.

Daß der Bund nicht nur wesentlicher Verbesserungen sondern sogar tiefgreifender Umgestaltungen bedarf, ist für Jedermann klar welcher von den politischen Bedürfnissen der deutschen Nation und Europa's einen Begriff hat. Daß aber bei diesen Umgestaltungen der Bund selbst nicht gefährdet werden darf, sondern daß seine Erhaltung die unterste Grundlage aller deutschen Politik sein muß, ist für den einfachsten politischen Verstand nicht minder unzweifelhaft.

Wenn jetzt, bei bestehendem Bunde, die Mittel- und Kleinstaaten, einzeln oder in Gesammtheit, sich in unpatriotischem Sinne in ein Bündniß mit einer auswärtigen Macht

einlassen wollten, so wären sie Verräther am Vaterlande, und nichts besseres wäre jeder der beiden Großstaaten welcher sich in eine auswärtige Allianz gegen das übrige Deutschland oder einen Theil desselben begeben würde. Denn eben durch den Bund ist für uns das Vaterland mehr als ein geographischer Begriff, — eben durch den Bund ist es eine politische Wirklichkeit. Das Volk, welches unter solchen Umständen gegen unpatriotische Fürsten aufstände, wäre in seinem Rechte, und der Versuch zu einem Landesverrathe würde die kleineren Dynastien unfehlbar hinwegfegen. Sowie dagegen der Bund auseinanderginge, — wer hätte noch ein Recht die Mittel- und Kleinstaaten um eines Rheinbundes zu tadeln? Wer könnte dann einem einzelnen deutschen Miniatur-Staate, welcher zu einem europäischen Atome geworden wäre, das Recht bestreiten welches die Natur jedem Atome ertheilt hat: das Recht, der Anziehung zu folgen die von der stärkeren Kraft ausgeht? — Hat man den ernsten Willen den Bund zu erhalten, zu stärken, zu fördern, seinen Vorschriften zu gehorchen so lange sie in Kraft sind, mangelhafte Einrichtungen zu achten bis sie durch bessere ersetzt sein werden, und auch den Schein zu vermeiden als wolle man durch stürmische Umgestaltungen die Existenz von Bundesgenossen gefährden, dann hat man allerdings das Recht auch die bloßen Gelüste zu einer unpatriotischen Verbindung mit dem Auslande zu brandmarken; — freilich nicht nur wenn sie bei den Kleinen sondern auch wenn sie bei den Großen auftreten, und nicht nur wenn sie sich dem Westen sondern auch wenn sie sich dem Osten zuwenden sollten. Arbeitet man dagegen *selbst* an der Zerstörung des Bundes, — dann hat man das Recht des Tadelns verwirkt; dann rechtfertigt man Aeußerungen wie die, welche kürzlich so großen Unwillen hervorgerufen haben. Der durch eine Auflösung des Bundes isolirte Staat hätte in Wahrheit keine

deutschen Pflichten mehr. Er wäre auf den stürmischen Ocean der europäischen Politik geworfen, und kein vernünftiger Mensch könnte ihn tadeln wenn er in der Noth an fremder Küste landete.

Solchen Erwägungen muß auch der einfachste Verstand des Volkes zugänglich sein; aber es ist nöthig daß sie ihm nahe gebracht werden. Unser Volk, welches ein politisch unerfahrenes Volk ist, muß auf Manches was an sich klar und einfach ist, erst aufmerksam gemacht werden. Es urtheilt in politischen Dingen noch auf ganz naive Weise nach Sympathien und Antipathien. Es muß ihm zur Einsicht gebracht werden, daß Verfassungen und Einrichtungen darum weil sie unbefriedigend sind, noch nicht gerade abgeschafft werden müssen; daß man vielmehr zu den vollkommneren nur dann mit Sicherheit emporsteigt, wenn man die unvollkommneren als Stufe benutzt, und daß in der politischen Entwickelung eines Volkes der Schritt vom Nichts zum Etwas, und der Sturz vom Etwas zum Nichts, größer ist als der Fortschritt von der schlechtesten zur besten und der Rückschritt von der besten zur schlechtesten Verfassung. Den Schritt vom Nichts zum Etwas haben wir nach dem Untergange des Reiches in der Gründung des Bundes glücklich vollbracht. Hüten wir uns daß wir nicht durch Zerstörung des Bundes den Sturz vom Etwas zum Nichts herbeiführen! — Wenn einmal ein Volk anfängt mit Verfassungen zu wechseln wie man einen alten Rock aus- und einen neuen anzieht, dann ist die Zeit spanischer Pronunciamientos und mexikanischer Zustände gekommen. Bereits haben wir, wenigstens auf dem Papiere, neben der deutschen Bundesverfassung auch noch die Reichsverfassung von 1849, und eine Menge anderer Entwürfe steckt in Köpfen und Flugschriften. Hüten wir uns, daß sie nicht auf Fahnen geschrieben werden unter denen die Parteien zum Bürgerkriege ausziehen! — Der

Bund ist freilich unpopulär, und nicht ohne Grund unpopulär. Es gibt aber noch gar viele unpopuläre Dinge, welche nichtsdestoweniger sehr nützlich, sehr nothwendig, sehr unentbehrlich sind.

Wenn es aber wahr ist daß der Bund erhalten und befestigt werden muß, so geht daraus hervor, daß die Verbesserungen welche mit ihm vorzunehmen sind, nur mit der größten Vorsicht unternommen werden dürfen. Sagt man daß wir in Zeiten äußerer Bedrohung an dem überhaupt nicht festen Baue unserer nationalen Einrichtung nicht rütteln dürfen, so wird freilich von Seiten vorwärts drängender Vaterlandsfreunde nicht mit Unrecht geantwortet, daß, wenn in ruhigen Zeiten nichts geschieht, und in unruhigen Zeiten nichts geschehen soll, die deutschen Angelegenheiten natürlich nicht aus der Stelle rücken können. Aber beide Theile haben hier Recht und Unrecht zugleich. Eine Zeit äußerer Bedrohung ist allerdings die Zeit einer Steigerung und Zusammendrängung nationaler Kraft und die wahre Zeit der Hervorbringung neuer Organe für eine erhöhte Thätigkeit des nationalen Lebens. Aber diese neuen Organe müssen geschaffen werden ohne daß man die alten zerstört. Eine Zeit der äußeren Bedrohung ist allerdings eine ganz geeignete Zeit für Neubildungen, aber für Neubildungen die sich dem Bestehenden ergänzend, erhaltend und kräftigend anschließen. Eine Zeit der äußeren Bedrohung ist allerdings eine Zeit für Neubildungen, aber nur für solche welche dem praktischen Bedürfnisse des Augenblickes entsprechen, und über welche deßhalb keine Verschiedenheit der Meinungen bestehen kann. Für Umgestaltungen dagegen, welche von Doctrinen, Theorien, Systemen und Liebhabereien ausgehen und mit der Vernichtung des Bestehenden anfangen, ist eine Zeit der äußeren Bedrohung in keiner Weise geeignet, und wenn in solcher Zeit politische Dilettanten und Rechthaber nicht schweigen können, müssen sie auf eine oder die andere Weise zur Ruhe gesetzt

werden. Eine Zeit der Noth, und rettender Thaten wie sie von der Noth erfordert werden mögen, ist vor Allem nicht eine Zeit „verfassunggebender Reichsversammlungen" und parlamentarischer Reden. Zudem kann in einer solchen Zeit kaum gehofft werden etwas dauerndes zu schaffen; höchstens das, was sich aus den Bedürfnissen des Augenblickes und den thatsächlichen Vorgängen von selbst ergibt, kann auf Bestand rechnen. Eine so durchgreifende Umgestaltung des deutschen Bundes wie sie von Vielen und in verschiedenem Sinne verlangt wird, darf überhaupt nicht auf einmal beabsichtigt oder erwartet werden. Könnte sie aber jemals in dieser Weise zu Stande kommen, so möchte ein solcher Vorgang wohl nur hinter einem glücklich beendigten Kriege Deutschlands gegen seine äußeren Feinde liegen, und wird dann wahrscheinlich nur die Sanction der Verhältnisse sein die sich während eines solchen Krieges thatsächlich gebildet haben werden.

Ueberhaupt ist unsere innere Politik nur durch die Begründung und kräftige Fortführung einer äußeren deutschen Bundespolitik auf eine glückliche Bahn zu bringen. Dies muß dem Volksurtheile nahe gebracht werden. Staaten, — einfache oder zusammengesetzte — können sich immer nur unter dem Drucke des Gegensatzes mit anderen Staaten entwickeln. Deßhalb ist es, ganz abgesehen von den Rücksichten der äußeren Politik selbst, schon aus Gründen der inneren gewöhnlich schädlich, neutral zu bleiben. Vor allem aber ist die äußere Sicherheit das erste aller Staatsinteressen, so daß die innere Politik ihre praktisch entscheidenden Beweggründe immer von der äußeren herleiten muß. Wo sich das Verhältniß umkehrt, ist die Kraft eines Staates gelähmt. Ein innerlich bewegtes Land ist bei gleichzeitiger äußerer Bedrohung immer mehr oder minder gefährdet, sofern die innern Gesichtspunkte nicht zur rechten Zeit in den Hintergrund zu treten wissen. Haben doch

die Meister der großen Intrigue, deren Hand in den Fäden der europäischen Politik arbeitet, immer zur rechten Zeit eine Reformbill oder andere innere Maßregeln bereit, um selbst Englands äußere Politik durch die innere zu beherrschen! Zur erwünschten Zeit kann unter solchen Umständen durch das Zwischentreten einer inneren Frage leicht ein Ministerwechsel bewirkt werden, mit welchem ein ganzes System der äußeren Beziehungen zerstört wird. Zehnfach gefährlich müssen diese Möglichkeiten für ein Land sein, dessen auswärtige Politik so nichtig ist wie die deutsche, und dessen innere Politik, wie diese, aus tausend verwickelten Fäden und Fädchen besteht! Die äußere Politik also muß für Deutschland in den Vordergrund gestellt werden, und muß uns die entscheidenden Beweggründe für das gesammte Verhalten der Nation geben. Der deutsche Bund muß als eine Großmacht ersten Ranges auftreten, und darf nicht dulden daß ohne seine Mitwirkung ferner irgend eine Entscheidung der großen Politik getroffen werde. Dazu ist nichts erforderlich was sich nicht unter der gegenwärtigen Bundesverfassung ausführen läßt. Auf diesem Wege schaffe man das Unentbehrliche, aber in diesem Augenblick auch nichts was über dieses Unentbehrliche hinausgeht. Fragen wir worin es besteht, so ist die Antwort kurz und einfach. Sofern nur von auswärtiger Politik die Rede ist, können sich die ungenügenden Bundeseinrichtungen nur auf zweierlei, auf das Wehrsystem und die Diplomatie beziehen. An der Verbesserung des ersteren wird mit unmittelbarem Bezuge auf die Erfordernisse der Weltlage wirklich gearbeitet. Alle Glieder des Bundes sehen die Nothwendigkeit einer festeren Leitung, einer größeren Einheit, einer besseren Schlagfertigkeit des Bundesheeres ein, und die Hindernisse welche bisher der Abhilfe entgegengestellt worden sind, werden durch die nöthigende Macht der Zeitverhältnisse beseitigt werden. Der diplomatische Verkehr des Bun-

des ist bei bisheriger Praxis auf eine sonderbare Weise einseitig. Der Bund empfängt die Gesandten fremder Mächte, ohne selbst bei fremden Mächten Gesandte zu unterhalten. Es ist nothwendig daß hierin die Praxis der Gegenseitigkeit eingeführt werde. Daraus folgt nicht, daß den einzelnen Bundesstaaten das Recht besondere diplomatische Agenten auswärts zu unterhalten, genommen werden solle. Der Bund hätte dazu weder ein Recht, noch wäre Verstand und Billigkeit darin. Oesterreich, Preußen, Dänemark und die Niederlande haben außer den Ländern mit denen sie am Bunde betheiligt sind, noch andere Gebietstheile. Diese vier Staaten haben, außer ihrem Verhältniß im Bunde, als eigne politische Körper, welche dem europäischen Systeme angehören, auch unvermeidlich eigne Beziehungen zu den übrigen Staaten der Welt. Sie müssen also schon besondere und selbstständige diplomatische Beziehungen unterhalten, und es kann ihnen nicht geboten werden daß diese Beziehungen nicht theilweise das diplomatische Gebiet des Bundes bestreichen. Ist es aber diesen Staaten nicht zuzumuthen auf eigne Diplomatie zu verzichten, so läßt es sich schwer mit der Billigkeit vereinigen den anderen Bundesgliedern das nämliche Recht zu bestreiten. Man wird es also dem freien Willen der übrigen Bundesstaaten überlassen müssen, ob sie, nachdem der Bund angefangen haben wird bei den auswärtigen Mächten seine Gesandte zu unterhalten, es noch für nöthig und wünschenswerth erachten werden, ihren besonderen diplomatischen Verkehr fortzuführen. Es ist allerdings wahr, ein Staat, welcher nicht befähigt ist eine selbstständige auswärtige Politik zu betreiben, kann in der Gesellschaft der Staaten nicht als vollzählig gelten. Man kann es deßhalb unseren Fürsten kaum verargen, wenn sie wenig geneigt sind ihre diplomatische Selbstständigkeit aufzugeben. Die militärische Selbstständigkeit erledigt sich in einer Zeit wie die unsrige

von selbst, und dieser Charakter der Zeit wird sich nicht mehr ändern. Die politischen Weltverhältnisse gestalten sich immer mehr in großem Maßstabe, so daß wir bereits ein Zeitalter herannahen sehen in welchem sich Welttheile mit ihrer geeinten Macht gegenüberstehen. In der Diplomatie dagegen kann unter Umständen durch einen geistvollen und genialen Mann auch der kleinste Staat eine Rolle spielen. Nichtsdestoweniger täuscht ein verständiger Mensch sich nicht absichtlich über seine Lage. Wie jetzt die Dinge in Europa liegen, muß es den Fürsten unserer Mittel- und Kleinstaaten klar sein daß jede Hoffnung die sie in der Gefahr auf auswärtige Verbindungen gründen könnten, nur zum Verderben führen müßte. Italienische Vorgänge wären geeignet sie darüber zu belehren, wenn es denkbar wäre daß sie einer solchen Belehrung bedürften. Ein wesentliches Interesse kann also im gesonderten diplomatischen Verkehr der Mittel- und Kleinstaaten gewiß nicht mehr seine Befriedigung suchen. Sei es also dieser Erkenntniß überlassen, sich selbst Bahn zu brechen. Einzelne unter unseren Fürsten werden vielleicht, sowie der Bund seine Gesandten schickt, die ihrigen nicht ungern zurückziehen. Mögen sie alle darin ihre eigenen Interessen und die ihres Landes berathen!

Wie jetzt die Dinge stehen, ist es naturnothwendig daß Oesterreich, Preußen, Dänemark und Holland ihre eigne Politik betreiben, und daß, wenn sie sich nebenbei in wesentlicherem oder unwesentlicherem Sinne an der Politik des deutschen Bundes betheiligen, doch die Bundespolitik sich den Rücksichten ihrer eignen Staatspolitik unterordnen muß. Einem jeden Staate welcher nur mit einem Theile seines Gebietes zu einem Staatenbunde gehört, müssen unvermeidlich seine eigenen Interessen über die Interessen des Bundes gehen. Die Interessen, in welchen er sich als Ganzes fühlt, müssen ihm wichtiger sein als die, in welchen er in doppelter Beziehung bloß be-

theiligt ist. Man ist in ganz Deutschland erbittert über Dänemarks Eingriffe in die Rechte von Schleswig-Holstein und über seine Widerspenstigkeit gegen den deutschen Bund. Man höre aber einen unparteiischen Beurtheiler, welcher weder Deutscher noch Däne ist, und er wird finden daß Niemand ein Recht hat Dänemark sein Verfahren vom dänischen Standpunkte aus zu verdenken. Die dänischen Centralisationsversuche sind, wie die nun glücklich beseitigten österreichischen, das nothwendige Widerspiel der deutschen. Man hat Oesterreich beschuldigt daß es den deutschen Bund stets nur für österreichische Interessen auszubeuten gesucht, als ob unter gegebenen Verhältnissen verständigerweise ein anderes Verhalten denkbar gewesen wäre. Und wenn seit 1849 Preußen zuerst mit allen Mitteln die Wiederherstellung des Bundes zu verhindern und seitdem dessen Ansehen und Bestand zu lockern und zu untergraben gesucht hat, — weßhalb anders ist dies geschehen als weil der Bund sich für preußische Interessen nicht mit Vortheil ausbeuten läßt? — Ist es wahr daß Oesterreich an der Erhaltung des Bundes ein egoistisches Interesse hat, so kann doch der österreichische Egoismus in seiner erhaltenden Thätigkeit nicht größer sein, als der preußische, welcher den Bund zu beseitigen sucht, in seiner zerstörenden Thätigkeit. Kann aber ein vernünftiger Beurtheiler politischer Vorgänge in dem Verfahren dieser Staaten, des einen wie des anderen, etwas anderes sehen als eine natürliche, und insofern — um die Sprache Berliner Publicistik zu gebrauchen — vollkommen „correcte" Erscheinung?

Was folgt nun aus dieser Sachlage? — Etwa die Nothwendigkeit der Zertrümmerung Oesterreichs? — Und Dänemarks? — Weshalb nicht auch die Zertrümmerung oder Beschneidung Preußens? — Und das Königreich der Niederlande — — scheint von unseren zertrümmerungsmuthigen Centralisten bisher ganz vergessen worden zu sein!

Nein! Diese Staaten dürfen nicht zertrümmert, sondern die Erhaltung ihrer Integrität und die gänzliche Vereinigung ihrer Interessen mit den unsrigen muß das erste objective Ziel deutscher Politik werden. Mit jedem dieser Staaten muß der Bund einen gegenseitigen Garantievertrag abschließen, so daß die Gesammtwirkung dieser Garantieverträge der Begründung eines mitteleuropäischen Staatensystemes gleichkommt. Sich zum Kerne eines solchen Systemes zu machen, ist die nächste große Aufgabe des deutschen Bundes. Es würde nicht zum Ziele führen, an eine Aufnahme der außerbündischen Länder der vier theilweise zum Bunde gehörigen Staaten zu denken. Wie der Bund jetzt gestaltet ist, könnte er diese Länder nicht einmal brauchen. Ihre Bevölkerungen würden zum größten Theile gar nicht aufgenommen werden wollen, und der Aufnahme würden sich europäische Schwierigkeiten der ernstesten Art entgegenstellen. Die außerbündischen Theile Oesterreichs, Preußens, Dänemarks und der Niederlande sollen zum deutschen Bunde nur in ein Allianzverhältniß treten, welches ungefähr dem der sogenannten „zugewandten Orte" des früheren eidgenössischen Bundesrechtes entspricht. Die Interessen Preußens und Oesterreichs an einem solchen Verhältnisse sind klar. Daß die Niederlande, in einer Zeit wie die unsrige, sich nicht selbst genügen können, ist nicht minder klar, und welche annehmbarere Allianz könnte ihnen geboten werden als die mit Oesterreich, Preußen und dem deutschen Bunde? Was endlich Dänemark betrifft, so scheint freilich von der gegenwärtigen Spannung zu einer Allianz mit Deutschland ein großer Sprung zu sein. Aber von Krieg zu Frieden ist ein noch größerer Sprung, und dennoch muß er gethan werden. Eine solche Allianz könnte gerade das Mittel zur Beilegung eines in mancher Beziehung albernen Streites gewähren, eines Streites, in welchem doch die wichtigsten In-

teressen beider Länder für die Marotten von doctrinären Pedanten und für die Aussichten der Eitelkeit auf's Spiel gesetzt werden. Und welche Allianz außer der deutschen könnte Dänemark wählen? Die französische? dann doch lieber gleich die russische; da wäre man doch gleich am Ziele angelangt, an welchem man, bei fortgesetztem Einhalten des bisherigen Kurses, am Ende doch anlangen muß! — oder die englische? Wenn die Dänen dafür eine besondere Liebhaberei haben, so mögen sie es versuchen. Kopenhagen ist eine schöne neue Stadt, dafür ist man freilich den Engländern einigen Dank schuldig. Schweden und Norwegen machen allerdings einen wünschenswerthen Alliirten aus; aber selbst die drei skandinavischen Staaten miteinander sind den Gefahren der gegenwärtigen Weltlage nicht gewachsen, und ihrem festen Zusammenhalten stehen mancherlei innere und äußere Hindernisse entgegen. Nur am deutschen Bunde kann Dänemark den Schutz finden, dessen es bedarf.

Mit der Erstrebung dieses Gesammtzieles sollte unmittelbar von Seiten des deutschen Bundes Ernst gemacht werden. Natürlich setzt die Ausführung des Gedankens die endgiltige Beseitigung aller pentarchistischen Anschauungen voraus. Solange diese in Wien und Berlin noch nicht mit der Wurzel ausgereutet sind, ist überhaupt für die deutschen Verhältnisse nichts Gutes zu erwarten. Ich stimme mit Ihnen in der vollen Anerkennung der Wichtigkeit überein, die der Krimkrieg, als der eigentliche Act der Auflösung der Pentarchie, für die Entwickelung der Weltverhältnisse gehabt hat. Aber auch die letzten pentarchistischen Erinnerungen müssen verwischt werden, wenn der deutsche Bund als das was er seiner Anlage nach ist, als Großmacht ersten Ranges, auch wirklich auftreten soll.

In dem Augenblicke, in welchem es dem deutschen Bunde gelungen wäre sich zum Kern eines solchen mitteleuropäischen Systemes zu machen, würden die inneren Zustände Deutsch-

lands von selbst umgewandelt sein. Was bisher sich entgegengearbeitet hat, würde in allen großen und wesentlichen Dingen ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung und Förderung des Ganzen haben. Preußen könnte und müßte seine Aufmerksamkeit der Richtung zuwenden, der dieselbe von Natur, durch die Geschichte, und im Interesse seiner eignen staatlichen Entwickelung gehört: — dem Osten. Preußen wäre wieder geworden, was es ursprünglich war: — unsere nordöstliche Mark, — mit Recht aber in ein Königreich verwandelt, denn seine Aufgabe ist eine königliche, und es ist bei ihrer Vollbringung und dem treuen Zusammenhalten mit dem Bunde in einem so großen und mächtigen mitteleuropäischen Systeme mehr Ehre zu ernten, als bei allen Unionsversuchen mit denen es sich und Andere noch weiter quälen könnte. Oesterreich, über den bedrohten Besitz seiner außerbündischen Länder beruhigt, könnte sich ungestört der Lösung seiner inneren Aufgaben widmen, durch die es befähigt wird von Neuem dem französischen Einflusse in Italien die Spitze zu bieten und den russischen Plänen an der untern Donau und am Bosporus entgegenzutreten. Ist das nicht Spielraum genug auch für den stolzesten Ehrgeiz der beiden Nebenbuhler? — Und wäre es nicht, solchen Aufgaben gegenüber, klein und armselig, kleindeutsche Intriguen zu betreiben, und schwache Bundesgenossen cavourisiren zu wollen? —

Und die Mittel- und Kleinstaaten? —

Von dem Augenblick an, wo sie aufgehört haben werden ein Gegenstand der Eifersucht zwischen den beiden Großstaaten zu sein, kann nichts sie verhindern sich zur Vollbringung von Aufgaben, welche von Natur hauptsächlich ihnen zufallen, enger zu verbinden. Alle diese Aufgaben lassen sich in dem allgemeinen Ausdrucke zusammenfassen, daß es ihr Beruf ist, die Nation mit dem durch die Kleinstaaterei in Mißachtung

gebrachten Föderativsysteme auszusöhnen. Nichts kann sie verhindern, sich für alle die Angelegenheiten welche nicht den Bund als Ganzes betreffen, oder für alle die in welchen die Bundesverfassung ihnen freies Handeln läßt, unter sich enger zu vereinigen, den Rückfall Preußens und Oesterreichs in die alte Nebenbuhlerschaft für immer unmöglich zu machen, die Zerreißung Deutschlands in zwei Theile für immer aus der Reihe der uns drohenden Gefahren zu beseitigen, und im Kreise des bürgerlichen Lebens und der inneren Politik alle die Einigungsmaßregeln durchzuführen, welche im weiteren Kreise des gesammten Bundes undurchführbar sein möchten. Wer hindert sie die Einheit von Maß und Gewicht für sich allein herzustellen, wenn die beiden Großstaaten sich dabei nicht betheiligen wollen? Wer hindert sie in mehreren ganzen Gebieten gleiches Recht einzuführen? und ähnliches mehr. Eine solche auf Einigung zielende innere Politik der Mittel- und Kleinstaaten würde bald die Nation mit dem Föderativsysteme aussöhnen, welches doch von Natur das einzige dem deutschen Geiste entsprechende ist, und würde dazu beitragen dieses System in der Mitte Europas auf den Thron zu setzen. Ich halte dies für den allgemeinsten und wichtigsten Zweck, den überhaupt ein Staatsmann von klarem Bewußtsein in unserer Zeit haben kann.

Die Gründung eines mitteleuropäischen Staatensystemes dessen Kern der deutsche Bund wäre, würde freilich möglicher Weise den Krieg, wenn er nicht schon vorher ausgebrochen sein sollte, zum Ausbruche bringen. Aber ein auf dieser Grundlage geführter Krieg würde das Wünschenswertheste sein, was der deutschen Nation begegnen kann. Er würde alle die Umgestaltungen der europäischen Politik von selbst mit sich bringen, an denen wir uns jetzt vergebens theoretisch abmühen, und deren in's Einzelne gehende Besprechung nur ein Beitrag zu

sinn- und zwecklosem Gerede sein würde. Was Bestand haben soll, muß sich im Kampfe thatsächlich geltend machen.

Eine thatenhafte und mit Entschiedenheit auftretende auswärtige Politik also, durch welche die inneren Streitigkeiten in den Hintergrund gedrängt werden, die Gemeinsamkeit der wesentlichen Interessen dem Bewußtsein eingeprägt und das praktische Bedürfniß an die Stelle der politischen Schulmeistereien gesetzt wird die sich jetzt wieder mit so abgeschmackter Anmaßung verdrängen, — eine Politik endlich, und vor Allem, in welcher andere Nationen einen Beweggrund erhalten unsere Freunde zu sein — eine solche auswärtige Politik ist der Weg auf welchem wir auch in unseren inneren Angelegenheiten allein zum Ziele gelangen können.

Meine Anschauung der Dinge trifft hier ganz mit der Ihrigen zusammen. Die Nationen des europäischen Westens, welche zur Zeit der Blüthe des deutschen Reiches ein mehr oder minder zusammenhängendes Ganze bildeten, sind im Verlaufe der neueren Zeit auseinander gefallen. Nun tritt das Bedürfniß ihrer Wiedervereinigung im Geiste der Gegenwart mit täglich zunehmender Nöthigung auf, und es liegen zwei verschiedene Wege vor uns, welche zur Befriedigung des großen geschichtlichen Bedürfnisses zu führen scheinen: der französische Imperialismus, von welchem unser kleindeutscher Centralismus mit seiner Pseudo-Demokratie nur eine schlechte Uebersetzung ist, — und der deutsche Föderalismus, die der Natur germanischer Völker ursprünglich entsprechende politische Lebensform. Das sind zwei Systeme, zwischen denen nicht nur in Deutschland, sondern in Europa um die Herrschaft gekämpft werden muß, ja der Kampf in Deutschland ist nur eine einzelne Scene des allgemeineren Vorganges. Die Anhänger der beiden Systeme bilden die zwei großen Parteien welche sich in Deutschland wie anderwärts gegenüberstehen, ob-

schon ihr Gegensatz noch nicht zur Klarheit gelangt ist. Für unsre deutschen Verhältnisse muß es aber einmal klar ausgesprochen werden, daß es Centralisten und Föderalisten sind die sich gegenüberstehen, und daß, wenn ein Theil der deutschen Demokratie sich hat für centralistische Pläne gewinnen lassen, dies nur in Unklarheit über die eigenen Principien, oder in einer freilich begreiflichen Entmuthigung seine Erklärung finden kann. Aber der Centralismus ist seiner innersten Natur nach dem Geiste der Demokratie entgegengesetzt. Demokratie, im vernünftigen Sinne, ist nicht jenes unwürdige Spiel, welches jenseit des Rheines und des Genfer Sees mit dem allgemeinen Stimmrechte getrieben worden ist, noch ist Demokratie eine Theilnahme Aller an allen Angelegenheiten des Staates, welche jeden größeren politischen Körper unmöglich machen würde, und welche selbst Rousseau in der kleinsten Gemeinde nicht ohne das Bestehen der Sklaverei für möglich hielt. Demokratie, im vernünftigen Sinne, ist das Recht des Bürgers, seine eignen Interessen innerhalb der Grenzen ihrer wirklichen Geltung selbst zu verwalten. Demokratie ist Selbstregierung, die, vom kleinen Kreise örtlicher Interessen ausgehend, mit der weiteren Geltung allgemeinerer Interessen sich zu größeren Kreisen der Wirksamkeit ausbreitet, bis sie endlich, in den allgemeinsten und wichtigsten Angelegenheiten, solchen die den ganzen Staat umfassen, mit der Staatsregierung und Staatsverwaltung selbst zusammenfällt und einerlei ist. Demokratie, im vernünftigen Sinne, ist, in unserer Zeit und in unseren Verhältnissen, weder der Gegensatz der Aristokratie, noch der Monarchie; — sie ist der Gegensatz des bureaukratischen Centralismus. Demokratie im vernünftigen Sinne, — in dem Sinne, in welchem sie nicht eine künstlich unterhaltene fixe Idee, sondern das wahre und fühlbare Wohl des Volkes bedeutet, ist das politische System, nach

welchem die Staatsregierung sich unnöthiger Einmischung in die Angelegenheiten der Bürger enthält. Sie ist ein System, welches von dem Gedanken ausgeht daß Jeder am besten wissen muß was ihm frommt, und daß, wenn Einer es nicht weiß, die Schule der Erfahrung, welche er durchmachen muß um es zu lernen, die einzige ist welche Männer zieht, — Männer, wie ein Staat sie braucht um in der Welt groß und mächtig dazustehen. Demokratie also ist gleichbedeutend mit dem von unten bis oben durchgeführten Föderativsysteme. Eine centralistische Demokratie ist daher ein Widerspruch in sich selbst und recht eigentlich eine der „Carricaturen des Heiligsten." Centralismus und Demokratie können nicht eine Ehe mit einander eingehen. Ihre Verbindung kann nur auf Prostitution der Demokratie gegründet sein. Der Bastard-Sprößling aus dieser Verbindung ist der moderne Imperalismus. Glaubt man daß die Verbindung der nämlichen Elemente in Deutschland etwas Edleres erzeugen werde als in Frankreich? — Etwas Schwächeres — ja! — etwas Edleres — nein! — Der Weg welchen die kleindeutsche Partei zu betreten gedankenlos genug gewesen, führt in Zustände aus denen nur ein Bonaparte retten könnte. Aber Gott weiß daß diese Partei zwar viele sehr dünkelhafte Menschen, aber weder einen Bonaparte noch einen Cromwell, noch einen Washington noch einen Garibaldi, noch selbst einen Cavour enthält. Der Ausgang eines Unternehmens, welches von Anfang an nur eine abgeschwächte Nachahmung von Vorgängen in der romanischen Welt gewesen ist, würde nichts als eine stümperhafte Wiederholung romanischer Zustände sein; denn ein Volk kann nur groß sein in dem was der Natur seines eigenen Geistes entspringt. Was Deutschland auf dem Wege des Centralismus politisch hervorbringen könnte, würde im günstigsten Falle sich zum romanischen empire verhalten, wie einst die europäischen

Königreiche sich zum deutschen Kaiserthume verhalten haben: — es würde eine Nebenbildung des die Zeit und den Welttheil beherrschenden Hauptgebildes sein. Deutsches Kaiserthum und französischer Imperialismus sind principiell entgegengesetzte Gedanken. Als der erste verwirklicht war, konnten die nichtdeutschen Völker es nur zu schwächeren Nebenbildungen bringen. Sollten wir auch bei uns den Geist zur Herrschaft kommen lassen welcher den französischen Imperialismus hervorgebracht hat, so werden die Rollen sich umdrehen, und wir werden zu denen gehören welche mit den schwachen Nebenbildungen zufrieden sein müssen. Wir werden dann alle die moralischen Nachtheile haben welche aus einem durch und durch verderbten Systeme hervorgehen, ohne auch nur am Ruhme und an der Ehre selbst für die großen Erscheinungen des Verfalles Antheil zu erhalten, der dann unaufhaltsam über Europa hereinbrechen wird. Unsere Centralisten haben Oesterreich, um es aus dem Wege zu schaffen, auf die Erbschaft des oströmischen Reiches angewiesen. Ich will es ununtersucht lassen, ob diese Erbschaft für Oesterreich erreichbar ist oder nicht. Eins aber ist für mich Gewißheit: — Wenn Deutschland das Föderativsystem aufgibt und im Centralismus sein Heil sucht, dann wird es nicht Deutschland, sondern Frankreich, der Meister des Centralismus wird es sein, durch welches das weströmische Reich auf der Bühne der Welt neu in Scene gesetzt wird. Von der Möglichkeit das Föderativsystem zur Herrschaft zu bringen, hängt das Heil Europas ab. Die Möglichkeit dieser Möglichkeit liegt in Deutschland.

Wenn nach allem Diesem die auswärtige Politik für uns in den Vordergrund treten muß, so fragt sich, unter welchen weiteren Voraussetzungen in den europäischen Verhältnissen dies geschehen kann. Es ist dies die Frage der eigentlichen auswärtigen Allianzen; denn das Verhältniß zu den außer-

bündischen Ländern der nicht ganz bündischen Staaten kann nicht vollständig als auswärtige Politik betrachtet werden.

Unter der Voraussetzung daß dieses Verhältniß in der bezeichneten Weise schon begründet sei, sind unsere auswärtigen Beziehungen sehr einfach. Wir haben im Osten und Westen je einen natürlichen Feind, — das heißt einen Feind, der es nicht aus besonderem üblen Willen, nicht aus einer besonderen Abneigung gegen unsere Art des Seins, sondern aus einer in den Weltverhältnissen begründeten Naturnothwendigkeit ist. Unser natürliches Verhältniß zu Rußland und zu Frankreich ist ein solches, daß selbst die Freundschaft dieser Staaten, in welchen inneren Zuständen sie sich auch befinden mögen, uns gefährlich ist. Glaubt man etwa daß die französischen Republikaner nicht eben so gut wie der Kaiser das linke Rheinufer wollen? Sogar Arago hat sich 1846 in diesem Sinne gegen mich ausgesprochen, und heute predigt Victor Hugo seinen Nachbarn auf Guernesey, daß Köln eigentlich eine französische Stadt sei. Ich glaube nicht daran daß dieses Verhältniß sich abändern wird. Ich glaube nicht daran daß wir einen dieser beiden Feinde hinreichend schwächen können, um die Gefahr von seiner Seite aufzuheben. Und ich glaube wir bedürfen sogar noch auf lange Zeit der Gefahr, um unsere gesunkene Nationalkraft wieder auf die richtige Höhe zu bringen. Wenn ich Frankreich und Rußland unsere natürlichen Feinde nenne, so will ich damit keineswegs sagen daß *wir* von unserer Seite gegen sie feindselig sein sollen; ein absolutes Mißtrauen gegen diese beiden Staaten aber müssen wir uns zur Pflicht machen. Dieses Mißtrauen muß eine der festen Maximen deutscher Politik werden, so sehr, daß selbst gegen eine Bedrohung von Seiten Frankreichs keine Coalition mit Rußland, wie umgekehrt gegen eine Bedrohung von Seiten Rußlands keine Coalition mit Frankreich annehmbar sein

darf. Nur ganz außerordentliche Umstände wenigstens könnten allein eine solche rechtfertigen. Auch einem gleichzeitigen Angriffe von beiden Seiten müssen wir gewachsen sein. Sind wir aber fähig einem solchen Angriffe Stirn zu bieten, so werden andere Staaten, deren Interessen mit den unsrigen zugleich bedroht sind, von selbst unser Bündniß suchen.

Ob dies gerade am ersten der Staat thun wird, auf welchen die politischen Kannegießer der preußischen Hauptstadt sich so lange verlassen haben, weiß ich nicht. Ein England, welches, wie das gegenwärtige, an dem gegen die bestehenden europäischen Staatenverhältnisse gerichteten Complotte Frankreichs und Rußlands in gewissem Grade selbst Theil nimmt, sei es auch nur um dasselbe im wahren oder vermeintlichen englischen Interesse zu lenken, kann unmöglich unser Alliirter sein. England muß erst selbst im Begriffe sein Frankreich den Krieg zu erklären, ehe es unser Bundesgenosse werden kann. Ob und wann dieser Zeitpunkt eintreten wird, läßt sich nicht voraussagen. Eine englische Allianz ist uns freilich wünschenswerth; und hätten wir schon eine deutsche Diplomatie, ihre Aufgabe müßte es sein den Zeitpunkt der Möglichkeit eines solchen Bündnisses herbeizuführen. Darauf rechnen läßt sich aber unter den bestehenden Verhältnissen nicht.

Ein Land welches sich zu Oesterreich in einer ähnlichen Stellung wie England zu Preußen befindet, ist Spanien, und eine spanische Allianz könnte für uns unter Umständen natürlich sehr wünschenswerth sein, um so mehr als sie sich mit einer englischen auf das beste verträgt. Daß religiöse Beweggründe auf diese Verhältnisse keinen Einfluß ausüben dürfen, versteht sich für den Politiker von selbst. Aber freilich, Menschen, die es unternehmen Deutschland unter der einseitigen Fahne des preußischen Protestantismus zu centralisiren, Menschen, welche geglaubt haben daß der Protestantismus für bri-

tische Staatsmänner in allem Ernste einen Beweggrund der äußeren Politik abgeben könne, und daß, nachdem der Katholicismus angefangen hat tolerant zu werden, für den Protestantismus die Zeit der Intoleranz gekommen sein müsse, kurz Menschen, welche sich einbilden die Zeit sei gekommen *ihre* Bornirtheit an die Stelle einer anderen zu setzen welche im Begriffe ist Platz zu machen, — solche Menschen dürften auch kindisch genug sein gegen die Allianz mit einem Lande zu protestiren welches durchaus katholisch ist. Zum Glück *machen* diese Leute keine Weltgeschichte. Selbst sie zu *schreiben*, was doch im Verhältniß zum *Machen* nicht viel heißen will, gelingt ihnen zuweilen herzlich schlecht. Uebrigens, wenn wir von England wissen daß es nicht immer *will*, so wissen wir von Spanien daß es unter gewöhnlichen Umständen nicht *kann*. Auch hier ist also kein fester Anhaltspunkt, und ein ähnliches Ergebniß findet sich in Bezug auf die beiden skandinavischen Königreiche.

Von zwei Ländern dagegen dürfen wir mit Bestimmtheit erwarten, daß sie in der Zeit der Gefahr sich uns anschließen werden, — ich meine Belgien und die Schweiz. Beide sind die natürliche Ergänzung dessen was schon zu uns gehört, und müssen von uns als natürliche Freunde angesehen werden. Freilich müssen wir selbst schon mit unseren eigenen Angelegenheiten einigermaßen in's Reine gekommen sein, ehe wir erwarten dürfen daß sie *ohne Noth* ihr Schicksal mit dem unserigen verbinden. Aber eben die Noth kann sie auch früher schon zu unseren Bundesgenossen machen. Die Politik gebietet uns, daß wir in einem solchen Falle alles für sie thun *was wir für uns selbst thun würden*. Ihre Sicherheit ist die unserige. Ihre Sicherstellung wäre zugleich einer der Punkte, auf welchem wir uns mit England begegnen würden.

Eine der wichtigsten und erfolgreichsten Verbindungen

könnte endlich unter Umständen eine Allianz mit der Türkei für uns werden. Doch ich will mich hier nicht in eine so weitgreifende Angelegenheit wie die orientalische Frage einlassen. Soviel nur steht für Deutschland fest, daß, wenn die Türkei von Rußland und Frankreich zugleich bedroht wird, der deutsche Bund mit den ihm zugewandten Ländern zum Schutze des bedrohten Landes nöthigenfalls die Waffen ergreifen muß, und daß die orientalische Frage nicht gelöst werden darf ohne daß Deutschland ein entscheidendes Wort mitzureden hat.

Doch ich fühle wie sehr ich Ihre Geduld mißbrauche, indem ich Sie mit Dingen unterhalte die Sie besser wissen als ich. Es war nur meine Absicht die Hauptpunkte eines ganzen Systems unserer nach außen gerichteten politischen Thätigkeit zu bezeichnen, welches der Nation bis in alle Winkel der öffentlichen Meinung klar gemacht werden muß.

Ich habe auf unsere auswärtige Politik den Hauptnachdruck gelegt, weil ich überzeugt bin daß die Gründe der inneren Unzufriedenheit des deutschen Volkes immer zuletzt auf Gesichtspunkte der auswärtigen Politik führen. Erlauben Sie mir ein schlagendes Beispiel anzuführen, — den hessischen Verfassungsstreit. Fast die ganze deutsche Nation glaubt, daß es sich in dieser Angelegenheit um eine bessere oder schlechtere Verfassung für Kurhessen handle. Das mag nebenbei der Fall sein; wer aber die Frage in ihren wahren politischen Beweggründen auffaßt, der weiß daß es sich im Jahre 1850 darum handelte ob der Bund wiederhergestellt werden sollte, oder ob die preußischen Unionsbestrebungen ihr Ziel erreichen sollten. Wer für die Union war, mußte natürlich auf Seite der hessischen Kammer stehen, welche für die Union gewonnen war. Wer aber die Union für die definitive Theilung Deutschlands und also für ein nationales Unglück ansah, ein Unglück zu dessen Vermeidung es vor der Hand kein ande-

res Mittel als die Wiederherstellung des Bundes gab, der mußte gegen die hessische Kammer sein, und mußte für eine Intervention stimmen wie die welche vorgenommen worden ist, wenn auch vielleicht die Ausführung in mancher Beziehung eine andere hätte sein können. Daß sich mit dem verständigen politischen Zwecke reactionäre Ausschreitungen verbanden, kann in einer Zeit wie die des Jahres 1850 nicht überraschen, denn immer, solange die Welt steht, wird die Ausschreitung in einer Richtung eine Ausschreitung in der entgegengesetzten zur Folge haben. Das Wesentliche aber war in jenen Vorgängen die Frage, ob den preußischen Unionsbestrebungen entgegengetreten werden sollte oder nicht, — ob der Versuch gemacht werden sollte Deutschland zu centralisiren, oder ob unsere Zukunft der Entwickelung des Föderativsystemes anzuvertrauen sei. Nicht Liberale und Reactionäre, sondern Centralisten und Föderalisten stehen sich auch heute noch in der hessischen Frage gegenüber, obschon die Angelegenheit, wie mir scheint, neuerdings von den letzteren auch nicht gerade zweckmäßig behandelt worden ist. Fragen wir nun weiter nach den Beweggründen der Parteinahme welche im Volke für den Centralismus und gegen den Föderalismus vorhanden sein mag, so sehen wir uns auf unsere auswärtige Politik als letzten Bestimmungsgrund verwiesen. Wenn das deutsche Volk, dem ursprünglichen germanischen Geiste zum Trotz, centralistische Sympathien hat, so liegt der Grund in der Unzufriedenheit mit unserer Stellung in den Weltverhältnissen, in dem Mangel an Macht und Ansehen in der Gesellschaft der Völker. Wir fühlen, daß zwischen dem was wir sind und dem was wir in der Welt gelten, ein Mißverhältniß besteht. Im gleichen Verhältnisse mit der zunehmenden inneren Blüthe Deutschlands, welche schon jetzt die einer langen Reihe früherer Jahrhunderte weit übertrifft, haben wir angefangen als Nation in der Ge-

sellschaft der anderen Nationen ehrgeizig zu werden. Das ist in der Ordnung, und zur Befriedigung dieses Ehrgeizes, wie zur Sicherung unserer blühenden Zustände und weiteren glücklichen Aussichten, fordern wir Macht. Und das Machtbedürfniß drängt sich uns noch von einer anderen Seite auf. So wie wir praktischer und realistischer werden, was mit unseren inneren Fortschritten gegeben ist, haben wir mehr und mehr begreifen gelernt daß man mit dem Recht und der Vernunft in der Welt allein nicht durchkommt. Je mehr wir uns eines gerechten Willens und eines vernünftigen Urtheils bewußt sind — worin wir keinem Volke der Welt eine Stellung über uns einräumen — um so mehr muß uns die Macht wünschenswerth erscheinen, durch welche allein wir unseren gerechten Willen und unser vernünftiges Urtheil geltend machen können.

So ist durch alle unsere inneren Fortschritte unsere nationale Unzufriedenheit nur erhöht worden, und dieser Proceß wird sich fortsetzen. Je besser es uns innerlich geht, um so unzufriedener werden wir mit unserer Stellung nach außen sein, bis wir haben was wir gebrauchen: — nationale Macht.

Ich habe zu zeigen gesucht welche unmittelbar erreichbaren Bedingungen der nationalen Macht uns zu Gebote stehen. Es bleibt mir noch übrig von den Gründen der bisherigen Ohnmacht zu sprechen, welche uns auch jetzt noch hindern das so nahe liegende Gute zu ergreifen. Diese Gründe bestehen durchaus nur in vorgefaßten Meinungen, welche theils ehrlich gehegt, theils aber auch absichtlich unterhalten werden. Absichtlich ist die Art wie das Föderativsystem in der Meinung des Volks herabgesetzt worden ist und die Stichwörter des Centralismus in der Nation in Umlauf gesetzt worden sind. Der Centralismus soll der einzige Weg sein welcher uns zu nationaler Macht führt, während er doch zunächst sich

in der Wüste des Bürgerkrieges und der Einmischung des Auslandes verliert, aus der wir vielleicht nie mehr einen Ausgang finden. So ist das vorher freilich natürliche, aber nicht raffinirte Mißtrauen des Volkes gegen den Bund zu einem arglistigen Systeme ausgebildet worden, durch welches unsere Zukunft bedroht wird.

Das Mißtrauen des Volkes gegen den Bund ist vorhanden, und ist auch ganz begründet. Dieses Mißtrauen ist vorhanden, ist mächtig und ist gefährlich, — gefährlich, weil es von mächtigen Parteigängern unterhalten und benutzt wird. Es kommt hier nicht darauf an, wie es entstanden ist und wer es besonders verschuldet hat. Es ist vorhanden, bedroht uns, und muß beseitigt werden. Dazu gibt es nur ein Mittel: die Betheiligung des Volkes an den Arbeiten und Leistungen der Bundesbehörde.

Vielleicht komme ich hier auf den ersten Punkt in welchem Sie eine von der meinigen entschieden abweichende Ansicht hegen. Ich vermuthe es. Meine Ansicht ist folgende:

Die Bundesversammlung selbst bedarf einer anregenden und treibenden Kraft; das Volk bedarf der Beruhigung daß am Bunde nichts gegen sein Interesse unternommen wird; der Bund aber als Ganzes bedarf einer Popularität durch welche Unbotmäßigkeiten, wie die daß man sich nicht majorisiren lasse, unmöglich werden. Stellen wir also der jetzigen Bundesversammlung wie sie ist, als dem deutschen Ober- oder Staatenhause, ein deutsches Unter- oder Volkshaus an die Seite, dessen Mitglieder aus den Kammern aller Mittel- und Kleinstaaten, aus den Landesvertretungen der deutsch-österreichischen Länder, und aus Provinzialversammlungen der deutschen Provinzen Preußens ausgeschossen, respective durch sie ernannt werden. —

Es handelt sich natürlich um einen Vorschlag, der ohne

Vernichtung von irgend etwas Bestehendem ausführbar ist und der nichts Bestehendes gefährdet. Denn ich wiederhole den Satz, daß eine Zeit äußerer Bedrohung zwar ganz unzweifelhaft eine Zeit der schaffenden Arbeit und der Neubildungen ist, aber nicht eine Zeit der Vernichtung und des inneren Kampfes. Was bei uns zum Heile des Ganzen in positivem Geiste, in Friede und Eintracht geschaffen werden kann, das werde geschaffen, das werde sogleich geschaffen, und je mehr es unseren Hauptzweck, die Herstellung des Vertrauens unter uns selbst und die nationale Macht nach außen, erreichen hilft, desto willkommener soll es sein. Aber mit aller Macht wollen wir uns gegen blinde oder egoistische Bestrebungen wehren, welche mit der Vernichtung beginnen und nur auf einer Brandstätte den Nationalpalast errichten wollen.

Der Vorschlag welchen ich mache, trifft mit den Gedanken vieler deutschen Patrioten und Politiker zusammen. Ein preußischer Staatsmann hat erst kürzlich mir eben diesen Gedanken ausgesprochen. Und was vor Allem wichtig ist: der Vorschlag ist der einzige, auf welchen Oesterreich eingehen kann. Darauf aber kommt im Grunde alles an, weil ein Oesterreich welches nicht Theil nehmen könnte, aus Gründen der Selbsterhaltung die Ausführung des ganzen Gedankens zu verhindern suchen müßte, und dazu auch den nöthigen Einfluß besäße. Der Gedanke eines deutschen Volkshauses, als eines Unterhauses der Bundesversammlung, muß natürlich mit Oesterreich ausgeführt werden, oder er ist überhaupt nicht ausführbar. Für Preußen liegen keine wesentlichen Hindernisse vor, und würde die Wahl in das deutsche Volkshaus nicht den Berliner Kammern sondern preußischen Provinzial-Versammlungen übertragen, so wären zwei Zwecke zugleich erreicht: es würde die Schwierigkeit beseitigt welche aus Preußens außerbündischen Besitzungen hervorgeht, und es würde

der Anstoß zu einem selbstständigeren provinziellen Leben gegeben welches Preußen Noth thut, welches von der preußischen Demokratie schon gefordert worden ist, in welchem aber Preußen in Gefahr ist, wie in einigen anderen Dingen, von Oesterreich überholt zu werden.

Einer in dieser Weise ergänzten deutschen Bundesversammlung wäre nun der Beruf geworden die Bedürfnisse der Nation zu berathen und an ihrer Befriedigung zu arbeiten. Daß das Volkshaus dabei nicht von der Ansicht ausgehen dürfte, das Staatenhaus sei an sich ein Uebel an dessen Beseitigung gearbeitet werden müßte, versteht sich von selbst. Es muß von Anfang an klar sein daß das Staatenhaus so nothwendig ist wie das Volkshaus, und daß die deutsche Nation dasselbe so wenig entbehren kann wie die nordamerikanische Nation ihren Senat neben dem Hause der Volksrepräsentanten. Guter Wille zu einträchtigem Zusammenwirken wäre natürlich die Grundbedingung zu einer ersprießlichen Thätigkeit.

Unter den Schöpfungen die von einer auf diese Weise ergänzten Bundesversammlung ausgehen müssen, wäre die erste die eines *höchsten Gerichtshofes* für die gesammten Bundesländer. Streitigkeiten wie die Kurhessische, und, von der *einen* Seite, auch die schleswig-holsteinische, müssen nicht wieder vorkommen. Nur ein Bundesgericht aber kann sie verhüten, oder in anständiger Weise schlichten. Die Mitglieder dieses Gerichtshofes müssen Männer allerersten geistigen Ranges in der Nation sein, im Ansehen so hoch gestellt, daß in ihrer Stellung die Majestät des Rechtes auf eine wahrnehmbare Weise an den Tag tritt. Nicht Volksagitation, sondern die Gründung eines solchen Gerichtes ist das was uns auf die Dauer gegen mögliche unpatriotische Handlungen einzelner Bundesstaaten schützen muß, und auch auf das „Nichtmajorisiren lassen" hat nur ein Bundesgericht Antwort zu geben. Die

richterliche Gewalt muß überhaupt in den inneren Verhältnissen jeder Bundesgenossenschaft die vorherrschende sein.

Die bessere Ausbildung der militärischen Gewalt des Bundes dagegen kann nicht auf die vorgeschlagene Reform der Bundesversammlung warten. Sie ist unmittelbares, augenblickliches Bedürfniß, und ein Volkshaus hätte überhaupt wenig dazu zu sagen. Was in diesem Gebiete Bedürfniß ist, muß noch unter den gegenwärtigen Umständen geschaffen werden.

Und die Centralgewalt! — Wo ist die Centralgewalt? höre ich rufen. — Ich theile mir das Wort in seine zwei Bestandtheile. Der erste bedeutet der Centralismus; der zweite bedeutet, daß zu seiner Einführung Gewalt gebraucht werden soll. Ich bin gegen das eine so entschieden wie gegen das andere. Haben wir eine durch ein Volkshaus ergänzte Bundesversammlung, haben wir ein in fester Hand ruhendes Bundescommando, haben wir die Gegenseitigkeit des diplomatischen Verkehres, welcher jetzt vom Bunde nur einseitig betrieben wird, und haben wir ein höchstes Bundesgericht, so scheinen mir die wesentlichsten Bedürfnisse der Bundesreform befriedigt zu sein. Was sich weiter im Verlaufe der Zeit als Bedürfniß der Vollziehungsgewalt herausstellen mag, muß auch zu seiner Befriedigung der Zeit überlassen bleiben. 1848 glaubte das Volk alle seine Beschwerden seien vorüber, da es nun ein Parlament habe. Jetzt sucht man ihm glauben zu machen das Heil Deutschlands beruhe in einer Centralgewalt. Will man mit dem Föderalismus nicht radical brechen, so nennt man sie Hegemonie. Die Hegemonie aber ist nichts als die Raupe, die Centralgewalt ist die Puppe, und der Schmetterling endlich soll der preußisch-deutsche Einheitsstaat werden. Es ist nicht übel gedacht, aber eben nur gedacht. Für Die aber, welche einen solchen stufenweisen Gedankengang nicht durchschauen, ist die Centralgewalt nur eine fixe Idee, der sie um

so leidenschaftlicher anhängen, je weniger sie dem Gedanken eine klare Form zu geben wissen. Die Bundesversammlung selbst ist schon eine Centralgewalt. Sie bedarf nur der Verstärkung und der besseren Organisation. Das muß in der innern Politik unser Ziel sein. Freiheit und Gerechtigkeit, und Bildung und Wohlstand im Innern, Macht aber nach außen, — mehr kann die Nation nicht wünschen. Ich kann nicht einsehen daß zur Erreichung dieser Güter ein Umsturz aller unserer Verhältnisse erforderlich sei. Wohl aber kann ich einsehen daß durch einen solchen Umsturz die Existenz unserer Nation überhaupt auf's Spiel gesetzt wird.

Mein Brief ist länger geworden als ich beabsichtigte. Möchte er für Sie eine Aufforderung enthalten Ihre publicistische Thätigkeit diesen nämlichen unmittelbar vor uns liegenden praktischen Fragen zuzuwenden. Ich werde diesem Ergebniß mit dem gespannten Interesse entgegensehen welches ihre so geistvollen Arbeiten in mir erweckt haben, und mit welchem ich bin

Ihr ergebener

Heidelberg,
den 17. Juni 1860. **Julius Fröbel.**

In demselben Verlag ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Ueber die Freiheit.

Von

John Stuart Mill.

Aus dem Englischen übersetzt

von

E. Pickford,

Docent der phil. Fakultät zu Heidelberg.

11 Bogen gr. 8. broch. Rthlr. 1. fl. 1. 45 kr.

Für

Gewerbe-Freiheit und Freizügigkeit

durch ganz Deutschland.

(Aus den Verhandlungen der nassauischen Abgeordneten-Versammlung.)

Von **K. Braun,**

Doctor der Rechte, Procurator an dem Hof- und Appellations-Gerichte in Wiesbaden, d. Z. Präsidenten der zweiten Kammer der Ständeversammlung des Herzogthums Nassau.

5 Bogen gr. 8. broch. 10 Sgr. 36 kr. rhein.

Die gegenwärtige Schrift, deren Verfasser durch die von ihm und Max Wirth veröffentlichte Monographie über die „Zinswuchergesetze", sowie als Vorsitzender des zweiten volkswirthschaftlichen Kongresses und als Präsident der nassauischen Abgeordneten-Kammer bekannt ist, enthält eine scharfe Kritik des gegenwärtigen Zustandes der deutschen Gewerbe-, Heimaths- und Niederlassungs-Rechts-Verhältnisse, Vorschläge über deren gemeinsame Regelung, sodann eine vollständige Geschichte und Kritik der gewerblichen Gesetzgebung im Herzogthum Nassau während des gegenwärtigen Jahrhunderts (mit Abdruck der betreffenden Gesetze), den nassauischen Gewerbgesetzentwurf von 1860, welcher auf Gewerbefreiheit und Freizügigkeit basirt ist, und die Begutachtung desselben durch die Commission der zweiten Kammer. Der Verfasser weist die Richtigkeit und Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Prinzipien an den gegebenen Zuständen nach und liefert damit einen werthvollen Beitrag zur Lösung der auf Reform der Gewerbe-Gesetzgebung in Deutschland gerichteten Aufgabe, welche dermalen alle Regierungen, alle Kammern und die gesammte öffentliche Meinung so sehr in Anspruch nimmt.

In demselben Verlag ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Einleitung

in die

Wissenschaft

der

Politischen Oekonomie.

Von **E. Pickford,**

Docent der phil. Fakultät an der Universität zu Heidelberg.

gr. 8. geh. fl. 1. 45 kr. rhein. — Rthlr. 1 pr. Crt.

Inhalt:

Erster Abschnitt: Plan, Aufbau u. Hülfsmittel der politischen Oekonomie. 1. Grundbegriffe. 2. Theorie und Praxis. 3. Spekulative Deduktion, Geschichte und Statistik.

Zweiter Abschnitt: Ueber das Verhältniß der politischen Oekonomie zu den übrigen Gesellschaftswissenschaften. 1. Gegen Robert von Mohl. 2. Die theoretischen Gesellschaftswissenschaften. 3. Die angewandten Gesellschaftswissenschaften. 4. Die beschreibenden Gesellschaftswissenschaften.

Die deutsche Nationaleinheit

in ihrer

volkswirthschaftlichen, geistigen und politischen Entwickelung

an der Hand der Geschichte beleuchtet von

Max Wirth,

Verfasser der „Grundzüge der Nationalökonomie", der „Geschichte der Handelskrisen" u. s. w.

31 Bogen gr. 8. broch. Rthlr. 2. fl. 3. 30 kr.

In dieser Entwickelungsgeschichte des deutschen Volksthums sucht der Verfasser aus den historischen Quellen nachzuweisen, daß die von der nationalen Fortschrittspartei aufgestellten Forderungen historisch berechtigt, daß dagegen alle volksfeindlichen Elemente durch römischen oder französischen Einfluß importirt seien; daß die conservativste aller Forderungen des Volkes die Wiederherstellung der 1000jährigen Reichsversammlung, reformirt nach dem heutigen Bildungsgrad der Nation sei; daß mittelst dieser die größere Einheit der Nation auf friedlichem Wege hergestellt werden könne; daß diese Einheit aber nothwendig sei, um die Nation und ihre hohen Culturinteressen vor Rußland und Frankreich zu schützen.

BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22400 8414

Frankfurt am Main.

Druck von J. D. Sauerländer.